

Raus auf die Straße



„Meine Damen und Herren! Die Zustände, die heute in Deutschland herrschen, werden vielfach in krassen Farben geschildert. Wie immer in solchen Fällen fehlt es auch nicht an Übertreibungen.(...) Solchen Übertreibungen entgegentreten wäre leichter, wenn im Inlande eine Berichter-

stattung möglich wäre, die Wahres vom Falschen scheidet. Noch besser wäre es, wenn wir mit gutem Gewissen bezeugen könnten, daß die volle Rechtssicherheit für alle wiederhergestellt sei.“ (Aus der Rede von Otto Wels am 23. März 1933)

Auch heute arbeiten die Neu-Nazis mit Übertreibungen und Angriffen auf die Pressefreiheit. Unterstützt werden sie hierbei in den sozialen Medien von sogenannten Trollfabriken, die den ganzen Tag nichts anderes machen, als Hass, Neid und Unzufriedenheit zu säen, Politiker und demokratische Parteien in schlechtestmöglichem Licht dastehen zu lassen und Rassismus gesellschaftsfähig zu machen. Wie gut diese Saat aufgeht, erkennt man



NIE WIEDER FASCHISMUS
SOLIDARITÄT STATT HETZE UND AUSGRENZUNG

Mahnwache
23. März 2018 - 18 Uhr
Ihringen, Synagogenplatz

am Zuspruch für die AfD und dem Gejohle der Massen bei ekelhaften verbalen Entgleisungen, wie die von Herrn Poggenburg am politischen Aschermittwoch.

Was muss noch passieren, damit wir diesem Nazi-Pack nicht die Aufmerksamkeit und den öffentlichen Raum überlassen? Wir finden: Nix! Es ist schon viel zu viel passiert. Deshalb lasst uns am 23. März in Ihringen auf dem Synagogenplatz Gesicht und Haltung zeigen. Für unsere Demokratie, für eine tolerante und solidarische Gesellschaft, für ein friedliches Miteinander. Jetzt ist die Zeit, den Anfängen zu wehren. Später kann es sehr schnell zu spät sein. Also, Hintern hoch und raus auf die Straße!

Birte Könnecke.

AUS DEM INHALT

Stimmen zum Mitgliedervotum	2
Pflege/Behindertenhilfe: Ruf nach besserer Refinanzierung im Kreis	8
Rosen zum Weltfrauentag	10
Umfrage sieht Bedarf für kostenlosen ÖPNV	11
AG Migration und Vielfalt begründet	13
Grün-schwarze Landesregierung schikaniert Landkreis	14
Impressum	15
Zeit für Erneuerung – Zeit für politische Leidenschaft	16

Stimmen zum Mitgliedervotum

Nach dem viel diskutierten Ergebnis zum Mitgliedervotum haben wir nun Stimmen dazu aus den Reihen des Kreisverbandes und allgemein der Region eingeholt. Sie zeigen, wie auch schon vorher in der Diskussion, ein vielfältiges Bild in der Einschätzung des Ergebnisses. Allen gemein ist aber die Forderung nach inhaltlicher und teils auch personeller Erneuerung.

Birte Könnecke, Kreisvorsitzende



Wenig überraschend hätte ich mir ein anderes Ergebnis gewünscht, aber so ist es in einer Demokratie. Und anders will ich es auch nicht haben. Also Mehrheitsmeinung akzeptieren und Ärmel hochkriemeln. Die Neuausrichtung der Partei wird es nicht von oben geben. Die muss von der Basis kommen. Aber es lohnt sich. Denn nur mit uns kann es für viele Menschen ein besseres Leben geben. Hierfür müssen wir in den nächsten 3 Jahren die richtigen Ziele definieren, die Wege dahin aufzeigen und

die notwendigen Schritte festlegen. Dafür braucht es jeden einzelnen von euch. Und ja, wir werden über jedes Ziel, jeden Weg und jeden Schritt streiten. So sind wir nun mal. Und auch das ist gut so!

Oswald Prucker, Stellvertretender Kreisvorsitzender



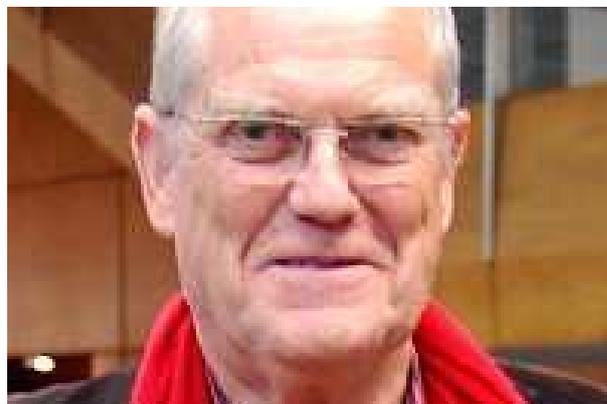
Ich habe anders abgestimmt, aber ich verstehe die Pro-Argumente und damit müssen wir jetzt arbeiten. Toll ist die hohe Umfragebeteiligung und ich habe auch die lebhaften und ernsthaften Diskussionen im Vorfeld genossen. Wenn wir das so in den politischen Alltag rüber retten können, dann ist mir in Sachen Erneuerung nicht bange.

Harry Hohlfeld, Stellvertretender Kreisvorsitzender



Ich glaube dass jetzt die SPD ernsthaft was bewegen kann. Sie müssen es nur umsetzen und an die Leute bringen dann bewegen wir uns in 4 Jahren bei der Bundestagswahl wieder Richtung 25 Prozent.

Henry Kesper, Stellvertretender Kreisvorsitzender



Das SPD-Schiff vor dem Kentern an den Klippen scheint gerettet, nun muss die Mannschaft mit einer Kapitänin das rote Frontsegel setzen und den lahmen schwarzen Raddampfer überholen.

Clara Heckmann, Kreiskassiererin



Das ist nicht mein Wunschergebnis, war aber wichtig, dass die Mitglieder abstimmen

konnten. Ich bin gespannt, welche innerparteilichen Änderungen jetzt vorgeschlagen werden und wie die Gegner in die aktuelle Politik einbezogen werden sollen.

Andreas Eckerle, Beisitzer Kreisverband



Ich bin sehr froh über das Ergebnis da ich denke, dass die Weiterführung der GroKo unter den gegebenen Umständen die beste Option darstellt. Zugleich erwarte ich nun aber auch, dass sich die SPD nicht auf Basis des Koalitionsvertrags zurücklehnt, sondern ernsthaft an einer Erneuerung arbeitet. Wir brauchen eine neue sozialdemokratische Utopie für Deutschland und davon abgeleitet, konkrete Schritte, wie diese zu erreichen ist.

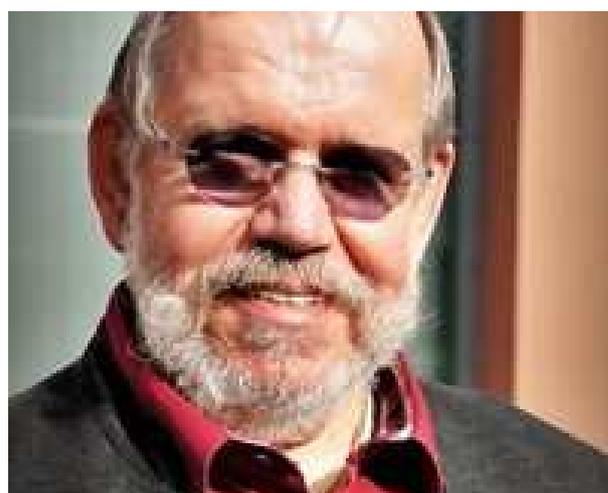
Petra Zentgraf, Beisitzerin Kreisverband

Einseitige Wahlwerbung für die Groko mit den Stimmzetteln zu versenden war ein übles Foul - die Mehrheitsentscheidung wird trotzdem akzeptiert. Unsere Jusos und junggebliebenen Mitglieder haben eine sehr wichtige Diskussion angestoßen, die im

Interesse der Generationengerechtigkeit trotz Groko fortgeführt werden muss. Z. B. eine Friedenspolitik mit wirklicher Reduzierung von Waffenexporten, eine Finanzpolitik, die nicht Milliarden, sondern Bedürftigen zugutekommt und eine Umweltpolitik, die nicht die Kohle, sondern das Klima schützt – und: neue Köpfe braucht das Land.



Hans-Dieter Straup, Beisitzer und Vertreter der AG SPDqueer



Das Ergebnis des Mitgliedervotums wirkt, als vertage man. Es ist logische Folge eines Koalitionsvertrages, der sich mit Ansätzen

begnügt, und damit als Zukunftsentwurf gar nicht taugen kann. Entscheidend für den Fortbestand der Sozialdemokratie wird sein, ob es trotz der Einbindung in den politischen Alltag und der Beschränkung durch Koalitionszwänge gelingt, wieder zukunftsfähig zu werden. Ich halte dies in der Koalition für unwahrscheinlich.

Tanja Kühnel, Pressereferentin Kreisverband

Angst vor Neuwahlen essen sozialdemokratische Seele auf (Fassbender und ich). Ich frage mich immer wieder: Wenn die Angst vor Neuwahlen so groß war/ist, dann ist man sich doch darüber bewusst, dass man etwas tut, was der Wähler nicht will und abwählen wird, sonst bräuchte ich ja auch keine Angst zu haben. Mit dem Ja zur Groko handeln wir wissentlich gegen den Willen des Wählers und dem von ihm bereits abgewählten Weiter-so. Wir wurden gefeiert für unser Ja zur Opposition. Ich bedaure zutiefst, dass es meiner SPD an Mut gefehlt hat, zu ihrem Wort zu stehen.

Als überzeugte Demokratin nehme ich das Ergebnis des Votums an, vertrete es jedoch nicht und werde künftig sehr genau abwägen, in welchen Bereichen ich mich einbringen werde, um die Erneuerung mit auf den Weg zu bringen.

Jusos Breisgau-Hochschwarzwald

Wir werden das Ergebnis kritisch reflektieren und das weitere Vorgehen besprechen. Unserer Meinung nach kein guter Tag für

die SPD. Hiermit wird die AfD Oppositionsführer. #NoGroko

Reiner Zimmermann, Fraktionsvorsitzender im Kreistag



Schwarz-rot hat sich ein Programm erarbeitet, welches der Umsetzung harrt. Endlich haben wir eine Regierung mit einem Anteil an SPD, den es ohne das Scheitern von Schwarz-Magenta-Grün nicht gegeben hätte. Auf die Bewältigung der großen Herausforderungen kommt es an!

Sabine Wölfle, MdL



Es gibt weder Gewinner noch Unterlegene. Wir haben leidenschaftlich diskutiert und basisdemokratisch abgestimmt. Jetzt gilt das wir alle gemeinsam hinter dem Ergebnis stehen und für eine starke Sozialdemokratie kämpfen. Glückauf!

Gabi Rolland, MdL



Genauso ernsthaft wie diskutiert wurde, wird in das Ergebnis angekommen, regiert und daneben die Partei erneuert! Die Mitglieder haben heute gezeigt, dass wir beides können! Ich bin stolz auf "meine" SPD.

Jonas Hoffmann, Bundestagskandidat
Wahlkreis 282



Die Mitglieder haben sich deutlich für den Eintritt in die Koalition mit der Union entschieden und haben sich somit auch entschieden Verantwortung zu übernehmen. Mit allen Konsequenzen, Chancen und Risiken.

Aber Bauchschmerzen hatten denke ich sehr viele mit dieser Entscheidung, egal ob sie mit Ja oder Nein gestimmt haben.

Julien Bender, Bundestagskandidat
Wahlkreis 281



Ich hätte mir ein anderes Ergebnis gewünscht. Aber ist es deutlich entschieden. Wichtig ist jetzt, dass wir in zwei oder vier Jahren nicht wieder an der selben Stelle stehen. Deshalb muss der Erneuerungsprozess jetzt ernsthaft geführt werden.

Gernot Eler, Staatsminister a.D.

Die Mitglieder mussten zwei Risiken abwägen. Ein Ja kann gefährlich werden für die unbedingt erforderliche Erneuerung der SPD. Ein Nein hätte kurzfristig zu Neuwahlen geführt – mit erheblichen Gefahren für den Status Volkspartei. Zwei Drittel der Mitglieder haben das als größeres Risiko gesehen. Jetzt muss die Parteispitze beides miteinander hinkriegen: Regierungsbeteiligung und Erneuerung.

Johannes Fechner, MdB



Die SPD-Basis hat entschieden: Nach einem intensiven und fairen Diskussionsprozess hat sich eine eindeutige Mehrheit für eine Koalition mit der Union ausgesprochen. Dieses Ergebnis begrüße ich ausdrücklich. Nun kann endlich eine Regierung gebildet werden, in der die SPD die Ziele umsetzen kann, für die wir gewählt wurden. So sind etwa die Kindergelderhöhung, die Abschaffung des Soli, mehr Personal für Pflege, Justiz und Polizei und sichere Renten wichtige Verbesserungen, die wir jetzt für die Bürgerinnen und Bürger umsetzen können. In der Opposition hätten wir dies nicht tun können.

Dabei darf die SPD nicht noch einmal so brav wie in der letzten Wahlperiode sein. Wir werden alle unsere Ziele für die Bürgerinnen und Bürger durchsetzen wie im Koalitionsvertrag vereinbart und unsere Positionen viel offensiver darstellen.

Parallel zur Regierungsarbeit muss sich die SPD erneuern. Mit unserem neuen Powerduo Nahles/Scholz haben wir personell erste Weichen gestellt. Die

Parteibasis muss zukünftig enger einbezogen werden und mehr Mitsprache erhalten. Inhaltlich muss die SPD ihr Profil vor allem bei den Themen soziale Gerechtigkeit, innere Sicherheit und Zuwanderung schärfen. Hier verlangen die Menschen zu Recht klare Antworten.

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB



Ich bin stolz auf die innerparteiliche Demokratie der SPD und freue mich auch sehr über das Ergebnis. Die leidenschaftlichen Diskussionen über den Koalitionsvertrag in den vergangenen Wochen waren wichtig für uns alle in der Partei. Die hohe Beteiligung der Mitglieder mit 78,4 Prozent zeigt, dass sich die Sozialdemokraten ihrer Verantwortung bewusst waren. Mit dem Votum von 66 Prozent für die Regierungsbeteiligung ist jetzt klar, dass wir zügig den Koalitionsvertrag umsetzen müssen, um das Leben für die Menschen in unserem Land nachhaltig zu verbessern. Gleichzeitig geht es auch darum, gemeinsam die SPD zu erneuern, Zukunftsfragen zu beantworten und klare sozialdemokratische Positionen zu erarbeiten.

Luisa Boos, Generalsekretärin der SPD BW auf Twitter



Die Mehrheit der SPD-Mitglieder hat sich für die Bildung einer Regierung mit CDU/CSU entschieden. Ich habe die Debatten im Vorfeld des Mitgliedervotums auch deshalb als sehr emotional wahrgenommen, weil wir alle spüren: Die SPD muss sich verändern, muss sich neu aufstellen.

Leni Breymaier, MdB und Vorsitzende der SPD BW auf spd-bw.de



Ich bin erleichtert. Das Ergebnis fiel deutlicher aus als ich erwartet habe. Ab heute arbeiten wir an der inhaltlichen und strukturellen Erneuerung der SPD. Ab übernächste Woche wird regiert. Darauf

warten auch viele aus Baden-Württemberg. Wir werden in der Regierungsbeteiligung gute Arbeit machen.

Die Gegenstimmen und die Wortmeldungen vor der Abstimmung nehme ich als Auftrag, am Profil und an der Struktur der Partei, auch in Baden-Württemberg, zu arbeiten. Sowohl auf die Arbeit in Berlin, wie auch die Arbeit in der Partei mit neuen und langjährigen Mitgliedern freue ich mich. Ich weiß, die Köpfe der Parteimitglieder wurden erreicht - die Herzen müssen wir zurückerobern.

Pflege/Behindertenhilfe: Ruf nach besserer Refinanzierung im Kreis

Unsere letzte Kreisvorstandssitzung hat sich das sehr komplexe Thema Pflege vorgenommen. Deshalb haben einige Vorstandsmitglieder vor der Sitzung das Elisabethenheim in Müllheim besucht und dort mit Frau Karle und Herr Karg zur Situation im Heim und in der Pflege allgemein gesprochen. Bei dieser Gelegenheit aber auch während der Sitzung danach kamen die bekannten Probleme der Pflege und auch der Reform der Pflegeausbildung zur Sprache.



Als besondere regionale Problematik im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald kamen vor allem die im Kreis gegenüber der Stadt Freiburg deutlich schwierigeren Refinanzierungsmöglichkeiten auf den Tisch. Der Landkreis zahlt für identische Leistungen der Heime deutlich niedrigere Pauschalen als die Stadt.



Takis Mehmet Ali

Beispielsweise ist die Refinanzierung des stationären Wohnheims der Behindertenhilfe an das strikte Budget der Landkreise gebunden. Die Leistungen der Behindertenhilfe sind noch nach aktueller Gesetzeslage an die Sozialhilfe (SGB XII) gebunden. Die Leistungserbringer in der Behindertenhilfe, insbesondere im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald sind tagtäglich mit klammen

Kassen und einem unzureichenden Personalschlüssel konfrontiert. Die Refinanzierung erlaubt, wie auch in stationären Pflegeheimen nur ein Mindestmaß an Personalkosten, welches gerade eben und im schlimmsten Fall gar nicht den Personaleinsatz in der Station oder Wohngruppe decken.

Arbeitsunfähiges Personal kann nicht durch zusätzliches Personal kompensiert werden, da hierzu spätestens in Pflegesatzverhandlungen die Kosten nicht erstattet werden. Besonders im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald verschärft sich die Personalsituation, da die Lebenshaltungskosten besonders hoch sind und die Tarifentgelte (wenn diese gezahlt werden) nicht zum Lebensunterhalt ausreichen. Die Gehälter der Pflegeberufe sind somit in unserem Kreis durch die hohen Lebenshaltungskosten unattraktiver, als in der übrigen Bundesrepublik.

Die Versorgungssituation und vor allem die Gewährleistung von Pflege und Betreuung wird sich in den nächsten Jahren im Landkreis verschärfen. Die Bundesmittel für die Pflegeheime (SGB XI) und die Landeszuschüsse für notwendige Investitionen sind im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Die Sachkosten für die Pflege- und Behindertenheime sind in den letzten Jahren explodiert und die Pflegesätze nur unzureichend angepasst.

Der Landkreis kann hier nicht tatenlos zusehen und muss, wenn sie auch aus eigener Kraft überfordert ist, sich im Bund und Land für eine höhere und intensivere Förderung im Landkreis einsetzen.

Erschwerend hinzu kommt noch, dass nach der abschließenden Beratung am 22.06.2017 im Bundestag eine generalisierte Pflegeausbildung beschlossen wurde. Auszubildende für Pflegeberufe müssen sich von nun an nicht mehr bereits zu Beginn ihrer Ausbildung entscheiden, ob sie im Krankenhaus oder im Altenheim arbeiten möchten. Die Refinanzierung der Personalkosten in Krankenhäusern (SGB V) sind zwar auch nicht zu beneiden, je doch ist nach aktueller Gesetzeslage diese stabiler als in der Alten- und Behindertenhilfe.

Zudem kommt noch hinzu, dass der ausgehandelte Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD die Sachlage dramatisieren könnte. Künftig sollen die krankhausindividuellen Personalkosten, losgelöst von den DRG-Fallpauschalen betrachtet werden. Damit könnte sich insgesamt die Personalsituation in Alten- und Behinderteneinrichtungen verschärfen, da die generalisierte Pflegeausbildung die Fachkräfte vermehrt in die Krankenhäuser locken könnte, da hier höhere Gehälter zu erwarten sind. Wir werden deshalb einen Antrag an unsere Fraktion im Kreistag formulieren, der sich genau dieses Themas annehmen wird und die Fraktion auffordert

hier im Gremium tätig zu werden. Es ist uns wichtig, dass die Heime in unserem Landkreis hier nicht durch willkürliche Verhandlungsergebnisse schlechter gestellt sind, als die Heime in der Stadt.

Oswald Prucker und Takis Mehmet Ali

Rosen zum Weltfrauentag

Wir haben zum Weltfrauentag am 8. März an den Bahnhöfen Müllheim, Bad Krozingen und Breisach Rosen verteilt, wie jedes Jahr. Weil sich die Frauen darüber freuen, insbesondere die älteren. Und die jüngeren lernen, dass es einen Internationalen oder auch Weltfrauentag gibt. Und freuen sich dann auch.



Auf den Fähnchen steht übrigens „Ein kleiner Gruß zum Weltfrauentag“ und nicht „Hier haste ne Rose und damit ist das Thema für uns durch“. Insofern, wer motzen will, kann das gerne tun, wir verteilen auch nächstes Jahr wieder Rosen und haben unsere Freude daran. Die Frauen, die eine

Rose bekamen auch. Das sagt uns das Lächeln, das wir zurückbekommen.

Einige Impressionen:



Birte Könnecke

Umfrage sieht Bedarf für kostenlosen ÖPNV

Unsere Umfragen sind mittlerweile sehr beliebt, immerhin 155 Menschen haben uns gesagt, was sie von einem kostenlosen ÖPNV halten. Zum Teil gab es auch sehr detaillierte Meinungen, die wir ebenfalls zusammenfassen wollen.



Kostenloser ÖPNV ist eine gute Idee, das sollten wir tun (81)



ÖPNV kann auf Ticketpreise nicht verzichten. Aber ein Sozialticket sollte es geben (54).



Flächendeckend brauchen wir keinen kostenlosen ÖPNV. Aber wir könnten damit strukturschwache Regionen stärken (27).



Das Tarifsystem sollte nicht angetastet werden (3).

Frage 1 war eine reine Ankreuzaufgabe. Wir haben acht Statements in den Raum gestellt und man konnte sich die auswählen, die einem am meisten zusagten. Vier der Statements bezogen sich direkt auf die Kostenfrage und in der Tat wünscht sich ein gewisse Mehrheit einen sogenannten kostenlosen Personennahverkehr, der eigentlich besser fahrscheinloser ÖPNV genannt werden sollte, denn kostenlos ist

er ja nie. Relativ viele sahen das aber auch kritisch und wollen auf eine finanzielle Beteiligung der Fahrgäste nicht verzichten. Es sollte dann aber ein Sozialticket geben und man könnte ggf. den kostenlosen ÖPNV für die Förderung strukturschwacher Gegenden nutzen. Nur drei Umfrageteilnehmer wollen am Tarifsysteem gar nichts verändern.

Obwohl sehr viele Teilnehmer für einen kostenlosen ÖPNV stimmen, kann man ihnen nicht notwendigerweise Sozial- oder Umweltromantik unterstellen. Denn den meisten ist durchaus bewusst, dass niemand nur wegen der Kostenfreiheit auf Bus oder Bahn umsteigen wird. Das zeigt die am meist gewählte Aussage der Umfrage.

116 Teilnehmer sind sich sicher: Umgestiegen wird nur, wenn das Angebot auch attraktiv ist und die Strecken dicht getaktet sind. Auch sind mehr Verbindungen da wichtig. Auf Seiten der Finanzierung sind durchaus auch viele Menschen der Meinung, dass genau das schwierig ist und eben nur erreicht werden kann, wenn gleichzeitig die Subventionierung des Autoverkehrs reduziert wird. So ganz an den Säckel der Autofahrer wollen aber nur relativ wenige: Ideen wie höhere Parkgebühren oder gar eine City-Maut finden eher wenig Anklang.



Man holt die Leute nur aus dem Auto, wenn man den ÖPNV deutlich attraktiver macht: Dichtere Taktung, mehr Verbindungen sind gefragt (116).



Zur Finanzierung eines kostenlosen ÖPNV ist es nötig, die Subventionen für das Auto zurückzufahren (61).



Derzeit geht das meiste öffentliche Fördergeld an die Schiene. Leider wird dabei das Busnetz vernachlässigt, das die Fläche bedient. Das sollte angepasst werden. (57).



Man holt die Leute nur aus dem Auto, wenn man das deutlich teurer macht: City-Maut und höhere Parkkosten sind nötig und sinnvoll, damit Autofahrer die indirekten Kosten des Individualverkehrs sehen können (33).

Die Vorschläge, die unter Frage 2 eingebracht wurden, folgten im Wesentlichen dem bereits genannten: Engere Taktung vor allem in den Abendstunden und höherer Komfort vor allem in den Stoßzeiten wurde da gefordert. Auch wurde die Tarifstrategie einer relativ günstigen Regiokarte bei relativ hohen Kosten für Einzelfahrscheine kritisiert. Die Forderung nach niedrigeren Tarifen speziell beim Fahren über Bereichsgrenzen hinaus kam recht häufig.

Einige der Beiträge bezogen sich auch auf die umweltpolitische Bedeutung des ÖPNV und auf das Fehlen von ausreichend Park- und Ride-Parkplätzen. Dazu gab es viele weitere einzelne Meinungen, die hier nicht alle wiedergegeben werden können, die wir aber als Rohdaten in diesem Dokument zusammengestellt haben.

Nur eine Wortmeldung blickte etwas weiter in die Zukunft und sieht ein gewisses Potential in der Digitalisierung: Selbst-fahrende Busse könnten kostensparend gerade für die Versorgung in der Fläche große Chancen bieten. Das sollte schon jetzt angegangen werden.

Oswald Prucker

AG Migration und Vielfalt gegründet

Vor kurzem hat sich die AG Migration und Vielfalt gegründet. Der Initiator Ismael Hares hat dafür die Aktivitäten von schon bestehenden Arbeitskreisen in Freiburg und den benachbarten Landkreisen Emmendingen und Breisgau-Hochschwarzwald gebündelt.

Die Gründungsversammlung leitete die Vorsitzende der Landes-AG Isabel Cademartori unterstützt von Sabine Wölfle und Luisa Boos. Alle drei sahen die klare Notwendigkeit, dieses Thema stärker in den Fokus der Partei zu rücken. Der SPD als

Partei aber auch die Wählerschaft sind in dieser Frage oft gespalten und suchen noch nach Antworten. Allzu oft versuchen wir, es allen recht zu machen und das führt dann häufig zu Funkstille. Hier kann eine starke AG einen wichtigen Diskussionsbeitrag leisten.



Isabel Cademartori



Vorstand der AG Migration und Vielfalt

Bei den Wahlen des ersten Vorstandes der AG wurde der Freiburger Ismael Hares zum Vorsitzenden bestimmt. Ihm zur Seite stehen als Stellvertreter Ana Agatiev aus dem Landkreis Emmendingen und Bernd Engesser aus unserem Landkreis. Die drei werden von insgesamt 11 Beisitzern unterstützt. Es ist also ein sehr schlagkräftiges Team entstanden und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dieser Truppe.



Mehmet Daimagüler

Den inhaltlichen Teil der Veranstaltung bestritt dann der Rechtsanwalt Mehmet Daimagüler. Er vertritt Angehörige der NSU-Opfer bei ihrer Nebenklage im Zschäpe-Prozess. Sein Vortrag war eine beklemmende Klage über ein Versagen auf sehr vielen Ebenen. Der Staat hat versagt, weil die V-Männer des Verfassungsschutzes die rechte Szene in Thüringen und auch NSU durchaus auch mit viel Geld erst groß gemacht hat. Der Staat will davon bis heute nichts wissen. Die Polizei hat versagt, weil sie quer über die Republik und in allen Fällen gar nicht erst in Richtung Rechtsradikale ermittelt hat, sondern Täter und Opfer als Rauschgift Händler kriminalisiert hat. Die Medien haben versagt, was sich allein schon in dem Begriff Döner-Morde ausdrückt und die Gesellschaft hat versagt, weil es das genauso auch aufgenommen hat.

Der Vortrag kann auf unserer Homepage nachgehört werden.

Oswald Prucker

Grün-schwarze Landesregierung schikaniert Landkreis

Erst schnell bauen, dann schnell abreißen. Und wenn doch wieder mehr Menschen kommen sollten, schnell wieder bauen? So geht schlechte Politik auf Kosten der Kreise und Kommunen.



Von wegen vollständige Erstattung der Kosten für die Flüchtlingsunterbringung. Im Gegenteil. Der Kreis wird von Stuttgart bei der Spitzabrechnung nicht nur hingehalten und zum Almosenempfänger degradiert sondern nun auch offen schikaniert.

Nicht anders kann man das von der grün-schwarzen Landesregierung übergestülpte Abbaukonzept werten. Mögliche unbürokratische Lösungen werden dadurch torpediert, dass einerseits Containersiedlungen abgebaut werden sollen wo andererseits viele Kommunen erhebliche Schwierigkeiten haben, Wohnraum für die sogenannte Anschlussunterbringung bereitzustellen. Vieles muss hier für sehr viel Geld neu geschaffen werden.

Zu Recht beklagt Kreiskämmerer Thomas Wisser eine „schwierige Zusammenarbeit“ mit Stuttgart. Er formuliert hier sehr vorsichtig. Thomas Strobl und sein Innenministerium prüft kleinkrämerisch jede Position und bringt nachträglich Auflagen ins Spiel mit denen es die 2015 und 2016 in einem organisatorischen und finanziellen Kraftaufwand erschaffenen Unterkünfte noch heute nicht gäbe. Das darf man auch offene Schikane nennen.

Die Intention der Landesregierung ist für uns klar: Das Land will die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge auf den Kreis und die Kommunen abwälzen. Zunächst tat es das durch eine Verschleppung der Spitzabrechnung und einer Ausgestaltung der Abrechnung, bei der der Kreis auf Jahre hinweg wieder und wieder um die Begleichung der Abschreibungskosten betteln muss. Jetzt kommen die Abrechnungstricks mit denen Container um Container, Ausgabeposition um Ausgabe-position von der Erstattungsliste gestrichen werden können. Zum Schaden unseres Landkreises, der so bald keinen rechtsgültigen Haushalt mehr hinbekommen wird. Ein grün-schwarzes Trauerspiel, das ja bereits dazu geführt hat, dass selbst deren eigene Fraktionen im Kreistag sich in einer gemeinsamen Resolution offen gegen ihre Landesregierung gestellt haben.

Der Kreisverband der SPD Breisgau-Hochschwarzwald wird mit Unterstützung der Landtagsabgeordneten Sabine Wölfle

und der Bundestagsabgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter in dieser Sache nicht locker lassen und wieder und wieder den Finger in Wunde legen. Grün-schwarz muss endlich seine vollmundigen Versprechungen wahr machen, alle Kosten der Flüchtlingsunterbringung übernehmen und das Flüchtlingsaufnahmegesetz ändern, damit Rechtssicherheit entsteht und man zu einem konstruktiven Miteinander zurückfinden kann.

Oswald Prucker und Birte Könnecke

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke, SPD Regionalzentrum
Merzhauser Straße 4, 79110 Freiburg

Redaktion: O. Prucker, B. Könnecke

Kontakt: redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de

WIR IM NETZ

Aktueller als in diesem Newsletter sind wir im Netz.

Kommt regelmäßig auf die Homepage und zu Facebook oder Instagram unter **Rot-wild im Schwarz-wald**.



Zeit für Erneuerung - Zeit für politische Leidenschaft

Die leidenschaftlich diskutierende SPD war ein Beispiel für gute Debattenkultur. Die Entscheidung war richtig und wichtig, denn anders als 2013 gibt es im aktuellen Bundestag keine linke Mehrheit mehr, die SPD kann also nur mit der Union regieren oder konservativer Politik zuschauen. Aber: Ich hoffe die Leidenschaftlichkeit der NO - GROKO - Debatte wird politisch produktiv genutzt: In erkennbar gutem Mit-Regieren UND darüber hinaus in einer grundlegenden Debatte, in der genügend Gründe produziert werden, (wieder) SPD zu wählen.



Die deutsche Sozialdemokratie braucht dringend neue Visionen und Alternativen zur bisherigen Politik. Da muss mehr kommen, als bisher kommuniziert. Personell. Inhaltlich. Strukturell. Es ist eine

riesige Herausforderung, eine Partei zusammenzuführen, die den von Abstiegsängsten geplagten Arbeiter und den liberalen kosmopolitischen Großstädter integrieren möchte. Für viele weitere Herausforderungen gibt es derzeit kaum Antworten. Eine Auswahl:

- Wie halten wir es in der SPD mit dem Wachstumsglauben und der daraus resultierenden Politik? Ist eine ökosoziale Orientierung und Suffizienz (Selbstbegrenzung und Entschleunigung sowie dem richtigen Maß an Konsum, Konsumverzicht und Entkommerzialisierung) nicht das adäquatere Zukunftskonzept?
- Wie können ARBEIT und UMWELT miteinander versöhnt werden? In welcher Weise müssen die Hartz Gesetze revidiert, bzw. umgebaut werden?
- Wie können globale Gerechtigkeitsfragen ungeschminkt betrachtet und angegangen werden? (Waffenhandel, Friedenspolitik, Bekämpfung von Fluchtursachen)
- Wie muss eine emanzipatorische und gerechte Politik für den digitalen Kapitalismus aussehen, die Digitalisierung nicht auf "Industrie 4.0" und „Breitbandversorgung“ reduziert.
- Wie kann eine Soziale Sicherung organisiert werden, die Lebensrisiken nicht privatisiert. (Eine Rente, von der man leben kann, Vorurteilsfreie

Diskussion über Grundrente oder Bedingungsloses Grundeinkommen). Was kann und muss gegen Armut getan werden?

- Wie soll der gesellschaftliche Reichtum künftig (um)verteilt werden?
- Wie kann gewährleistet werden, dass sich der Staat von seiner Pflicht zur Daseinsfürsorge nicht immer weiter verabschiedet? (z.B. Gesundheitsfürsorge: hier war die Öffnung der Krankenhauslandschaft für aktiennotierte Gesundheitskonzerne unter der rot-grünen Regierung im Rahmen des Gesundheitsreformgesetzes 2000 neben der unausgegorenen Einführung der Fallpauschalen aus meiner Sicht einer der Kardinalfehler... für die Wohnungspolitik gilt Ähnliches). Wie kann das Gesundheitssystem so umgebaut werden, dass der Mensch im Zentrum steht und nicht der Profit? Welche Schritte zu einer Bürgerversicherung sind realistisch und müssen angebahnt werden?
- Welche Ideen, Einstellungen und Konzepte hat die SPD im Umgang mit Migration und ihren Folgen im Zeitalter der Globalisierung? Wird z.B. der Begriff „Heimat“ der AfD überlassen, weil er „naziverseucht“ ist?

Es gibt keine einfachen Antworten, aber Antworten, die auch andere geben, sind nicht besonders schlau. Die Verortung muss klar sein. Die SPD muss wieder eine Partei

der linken Mitte werden. Nicht nur, aber besonders Sprachrohr derer, die selbst nicht in der Lage sind für ihre Interessen zu kämpfen. Entwicklungspfade alternativ zum neoliberalen, globalen Neoliberalismus (in Regierungsverantwortung und zivilgesellschaftlicher Debatte) sind nicht ohne Widerstände herrschender Eliten durchzusetzen. Ich hoffe die Zeit abstoßender Selbstkasteiung und (personeller) Peinlichkeiten ist vorbei und die Partei hört auf sich mit sich selbst zu beschäftigen und sich um die Zukunft der Gesellschaft zu mühen: Zeit für politische Leidenschaft.

Ich schlage vor in diesen Prozess nicht nur SPD Mitglieder einzubeziehen, sondern dafür auch gezielt SPD WählerInnen und SPD affine Menschen zu gewinnen: Plattformen für eine soziale Demokratie. PLATTFORM 21 würde ich das nennen - ein Versuch, eine Kombination zwischen Bewegung und Partei. Ziel ist eine Neupositionierung der SPD: Angekommen im 21. Jahrhundert. Bezogen auf die nächste Bundestagswahl: 2021. Ich glaube nur so kann man der Falle „entweder Traditions- partei oder neue linksliberale urbane Mittelschichten“ entgehen. Das ist notwendig, wenn alle Milieus repräsentiert sein sollen. Und allemal: Zeit für politische Leidenschaft: Links und frei (Willy Brandt).

Christoph Bayer